

Adolf Eduard Erich Ernst Franz Viktor von HEPPE

geb. 24.7.1836 in Kassel

gest. 30.7.1899 in Arolsen

Landdrost, Regierungspräsident

ev.

Die Verwaltungsaufgaben eines preußischen Regierungspräsidenten von Aurich in der Kaiserzeit waren eigentlich recht überschaubar: neben den Personalien der Mitglieder der Regierung, dem Geschäftsbetrieb, den „sekreten und politischen Angelegenheiten“, den vierteljährlichen Verwaltungsberichten nach Berlin und der „Durchsicht der Provinzialblätter“ hatte er eher repräsentative Aufgaben. Der Regierungspräsident war oberster Vertreter des Königs in dem ihm anvertrauten Bezirk. Das Amt des Regierungspräsidenten in Ostfriesland war nun zwar wegen der unter den Untertanen herrschenden generellen Zustimmung für Preußen „besonders interessant“, es kam aber wohl eher darauf an, „Rücksicht auf die Eigenart des friesischen Volkscharakters zu nehmen“, wie es Constantin Graf zu Stolberg-Wernigerode, von 1902 bis 1910 Verwaltungsbeamter an gleicher Stelle, einmal formulierte.

In Heppes Dienstzeit in Aurich (1883-1887) fiel die preußische Verwaltungsreform von 1885, die aus den Landdrosteien Regierungsbezirke und den Landdrosten Regierungspräsidenten machte. Entscheidend waren aber bei dieser Neuordnung vordergründig die Veränderungen auf der Kreisebene mit einer Ausweitung der Selbständigkeit der nunmehr als „Landkreise“ fungierenden Ämter.

Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Marburg und Heidelberg trat Adolf von Heppe 1860 in den Dienst des Kurfürstentums Hessen. 1866 wurde er Kreissekretär in Schmalkalden. 1869 übernahm ihn das Land Preußen in den Verwaltungsdienst. Es folgten Stationen in Marienwerder (1869-1871) und beim Oberpräsidenten in Königsberg (1871-1872), ehe er 1872 Landrat im zu Preußen gehörenden thüringischen Schleusingen wurde. 1879 erfolgte seine Versetzung als Oberregierungsrat an das Polizeipräsidium in Berlin, wo er die Aufgaben eines stellvertretenden Polizeipäsidenten wahrnahm; 1883 wurde er zum Regierungspräsidenten ernannt. Vier Jahre wirkte er in Ostfriesland, bevor er das bedeutendere Amt des Regierungspräsidenten von Danzig übernahm. Von 1890 bis zu seinem Tode leitete er den Regierungsbezirk Trier. Von 1879 bis 1885 vertrat er als Konservativer den 5. Erfurter Wahlkreis im Preußischen Abgeordnetenhaus, in dem er zweimal sein Mandat infolge Beförderung verlor, aber jedes Mal wiedergewählt wurde. Er war Mitglied des Provinziallandtags und des Provinzialausschusses. Für Empörung sorgte Heppe indes einmal in seiner Danziger Amtszeit, als er ernsthaft erwog, den Arbeitermangel auf ostpreußischen Gütern durch angeworbene chinesische Kulis zu beheben.

Seiner Versetzung nach Trier war ein Konflikt mit der Stadt Danzig vorausgegangen, die einen neuen Oberbürgermeister gewählt hatte, dessen Besoldungsforderung Heppe als unangemessen ansah und deshalb eine neue öffentliche Ausschreibung forderte. Das Staatsministerium sah sich wegen der Proteste gezwungen, ihn in die Rheinprovinz zu versetzen.

Heppe war mit der Tochter eines rheinischen Kaufmanns verheiratet. Sein Sohn Theodor (s. dort) wurde 1918 ebenfalls Regierungspräsident in Aurich.

Quellen: STAA Aurich, Rep. 16/1, Nr. 1331; GSTA Berlin, Rep. 50 Nr. 990; Rep. 77 Nr. 3. 25, 36, 1203-1205, 4046, 4630; Rep. 90A, Nr. 990; Landeshauptarchiv Koblenz, Best. 442, Nr. 9656, 9934.

Literatur: Iselin G u n d e r m a n n / W a l t h e r H u b a t s c h (Bearb.), Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, Bd. 10: Hannover, Marburg 1981, S. 862; desgl. Reihe A: Preußen, Bd. 1: Ost- und Westpreußen, S. 173; Horst R o m e y k, Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816-1945 (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde), Düsseldorf 1994, S. 523; Bernhard M a n n (Bearb.), Biographisches Handbuch für das preußische Abgeordnetenhaus 1867-1918, Düsseldorf 1988, S. 175; Heike D ü s e l d e r, Ostfriesland zwischen Beharrung und Fortschritt: die politische Einstellung der ostfriesischen Bevölkerung während der Zeit des deutschen Kaiserreichs (Magisterarbeit), Oldenburg 1989, S. 16-19; Acta Borussica, NF, 1. Reihe: Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817-1944/38, Bd. 8/II, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft unter der Leitung von Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer, Hildesheim/ Zürich/New York 2003, S. 546; Thomas J u n g - b l u t, Die „altpreußischen“ höheren Regierungsbeamten und Landräte in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier 1850 bis 1914 im Rahmen der preußischen Personalpolitik, Diss. phil. Mainz 1989.

Porträt: Albrecht W i e n, Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Danzig, Köln/Berlin 1974, vor S. 48.

Stefan Pötzsck